

Westumfahrung Hameln im "vordringlichen Bedarf"

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 16. März 2016 um 21:52 Uhr

Bundesverkehrswegeplan 2030

Der Entwurf mit dem "grünen Licht" liegt vor, nun kommt die Stunde von Bürgerschaft und Parlament - Westumfahrung Hameln im "vordringlichen Bedarf"

Mittwoch 16. März 2016 - **Berlin (wnb). Endlich: Die Westumfahrung Hameln der Bundesstraße 83 ist im vordringlichen Bedarf.**

Diese Nachricht konnten die heimischen Bundestagsabgeordneten Lösekrug-Möller (SPD) und Vietz (CDU) heute der Bevölkerung des Weserberglands überbringen. Heute hat der Bundesverkehrsminister den Entwurf zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 vorgestellt. Der BVWP wird alle 15 Jahre vorgelegt und ist Grundlage für den Neu- und Ausbau der Verkehrswege in Deutschland.

Fortsetzung von Seite 1

Straßen-Projekte

Im vordringlichen Bedarf

B3/B64/B 240 OU Eschershausen

B 83 OU Grohnde

Westumfahrung Hameln im "vordringlichen Bedarf"

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 16. März 2016 um 21:52 Uhr

B 83 Westumfahrung Hameln

B 442 OU Hachmühlen

Im weiteren Bedarf mit Planungsrecht WB*:

B1 OU Reher

B 1 OU Groß Berkel,

B 1 Südumgehung Hameln

B 1 OU s Marienau - Mehle

Neue Vorhaben im weiteren Bedarf WB:

B 240 OU Halle

B 240 OU Eime

B 3, B 240, B 64 Fölziehausen (Ithtunnel)

Dass die Südumgehung Hameln nunmehr im weiteren Bedarf mit Planungsrecht eingestuft ist, bedauern beide Bundestagsabgeordneten. Ebenso ist die Einstufung des sogenannten

Westumfahrung Hameln im "vordringlichen Bedarf"

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 16. März 2016 um 21:52 Uhr

lthtunnels als neues Vorhaben im weiteren Bedarf sehr bedauerlich. Für beide Maßnahmen hoffen wir auf Unterstützung und Rückenwind um ein "Upgrade" zu erreichen.

Schienenprojekte:

Planfall 33 – Riesenerfolg für die Region Weserbergland

Seit Februar 2011 regt sich der Widerstand im Weserbergland gegen den Ausbau der Gütertrasse Löhne-Elze, den sog. Planfall 33. Im April 2011 gab es die erste Zusammenkunft in Hessisch Oldendorf in der schnell klar wurde, dass nur durch gemeinsames Handeln, auch über Landesgrenzen hinweg den Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke verhindert werden kann.

Mit Resolutionen der Kreistage und der betroffenen Kommunen bereits im Jahr 2011, sowie vielfältigen Aktionen von Bürgerinitiativen und dem Zusammenschluss aller betroffenen Bürgermeister, Landräte und politisch Verantwortlichen, wurde nun mit den formulierten Einwänden gegen den Ausbau der Gütertrasse durch das Weserbergland ein großer Erfolg erzielt.

Damit ist auch die Gefahr der „Süd-Süd Lösung über Elze-Hameln-Bad Pyrmont-Paderborn vom Tisch.